

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: vierteljährlich 2.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.
Wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gemeinlichliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Erstausgabe am Montag.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Berndrecher: Amt IV, Nr. 1983.

Montag, den 25. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Berndrecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kampf ums Recht!

Die Thronrede vom 20. Oktober 1908 verheiß eine organische Fortbildung des
preussischen Wahlrechts. Heute, am 25. Januar, wird die Regierung im Dreiklassenparlament
zu erklären haben, wie sie sich diese Fortbildung denkt. Die entrechteten Massen freilich
wissen bereits im voraus, daß die ihnen über Jahr und Tag zugebaute Wahlreform ihren
Forderungen ebenso Hohn spricht, wie die jetzt herrschende Dreiklassenwahl.

Die sächsische „Wahlreform“ ist ein abschreckendes Beispiel dieser traurigen
Reformstele. Nach sächsischem Vorbild will man auch das preussische Volk abspießen, um das
gleiche Wahlrecht prellen! An Stelle der Dreiklassenwahl will man die Plural-
wahl, das Mehrstimmenwahlrecht setzen! Besitz und Bildung sollen mit Zusatzstimmen
bedacht werden, um die Masse der Besitzlosen, der durch das kapitalistische Klassenregiment
von der Bildung Ausgeschlossenen auch künftig überstimmen, in der Form scheinbaren
Rechts brutal vergewaltigen zu können!

Der Besitz soll ein mehrfaches Wahlrecht erhalten! Was aber ist der Besitz? Etwas
durch persönliches Verdienst des Kapitalisten Erworbenes? Ach nein: der Besitz ist
kapitalistischer Mehrwert, der den Arbeitern abgezwaht worden ist! Der Besitz ist die den
Kapitalisten zugeflossene Prämie für die Entbehrung der Arbeiter! Der Besitz ist das
ökonomische Machtmittel, kraft alten Ausbeutungsrechtes immer erneute Aus-
beutung zu üben! Der Besitz ist die Handhabe, durch die Beherrschung der Gesetzgebung und
Verwaltung die große Masse des Volkes immer tiefer in die

Fesseln der Ausbeutung und Entrechtung

zu schlagen!

Was ist die Bildung? Ist sie etwa ein persönliches Verdienst? Da ist zunächst
zu bemerken, daß der Begriff der Bildung etwas schwer Definierbares ist, daß viele Tausende
von Arbeitern, die nur die Volksschule besucht haben, sich ein höheres Maß nüt-
licher Kenntnisse erworben haben, als viele sogenannte Gebildete, die höhere
Schulen besucht oder gar die Universität absolviert haben. Die amtlichen
Atteste beweisen nicht das geringste. Wie skeptisch selbst unsere Privilegierten über das be-
hördlich diplomierte Wissen urteilen, wenn sie unter sich sind, bewies ein Ausspruch, der vor
einigen Wochen erst in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses
fiel. Da sagte ein konservativer Abgeordneter, daß der preussische Kultusminister, wenn
er heute noch einmal das Abiturientenexamen machen sollte, elend durchrasseln würde! So
schämen Konservative den dauernden Ertrag unserer akademischen Dressur ein!

Und diese akademische Bildung will man mit Zusatzstimmen ausstatten!

Diese Bildung, der man ein verdoppeltes oder — wie in Sachsen — verdreifachtes
Wahlrecht einräumen will, hält man in „staatserhaltenden“ Kreisen nicht einmal für
wünschenswert zur Ausübung verantwortungsvoller Beamten-
funktionen! So sagte in derselben Kommission ein anderer Abgeordneter, daß ein Post-
beamter umso untauglicher sei, je mehr er seinen Horaz kenne! Die höhere Bildung betrachtet
man also nur als ein Mittel, um einem möglichst engen Kreis Besitzender Monopole für
höhere Beamtenposten und andere materiell einträgliche Lebensstellungen zu sichern, nicht
aber als Selbstzweck, als ein Mittel, das Volk auf eine möglichst hohe Kultur-
stufe emporzuheben!

Das Mehrstimmenprivileg für „Gebildete“ ist aber ein

umso schneidenderes Unrecht

gegenüber der großen Masse des Volkes, als unsere herrschenden Klassen die Bildung
des Volkes mit allen Mitteln künstlich daniederhalten! Sie wollen gar kein gebildetes
Volk, weil sie ein fügsames, einsichtsloses Proletariat erhalten wollen! Sie wollen die
geistige Unmündigkeit der Masse des Volkes konservieren, um es desto leichter
beherrschen, knechten und ausbeuten zu können!

Deshalb ihr Widerstand gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Hebung
der Volksschule! Deshalb die Erhaltung der traurigen Zustände der Landschulen,
der Halbtagschulen! Deshalb die Ueberfüllung der Volksschulen, der Lehrermangel!
Deshalb die

Auslieferung der Schule an die Kirche!

Deshalb die Ueberfütterung der Volksschüler mit Religionsunterricht, deshalb
der Haß unserer Herrschenden gegen die Verbreitung wirklicher und wahrhaft nützlicher
Kenntnisse!

Und das Volk, dem man die Erlangung höherer Bildung mit allen Mitteln verwehrt,
will man dann für seine Unbildung damit bestrafen, daß man den „Gebildeten“, den
Sprößlingen der Besitzenden, ein mehrfach höheres Wahlrecht einräumt, als dem
arbeitenden Volke in Stadt und Land!

Wenn aber das Volk erklärt, wir brauchen gerade das gleiche Wahlrecht, um uns
aus den Tiefen des Helotentums herauszuarbeiten, um unsern Anteil an den materiellen
und geistigen Kulturgütern zu erlangen, so entgegnet der Sprecher der Regierung höhnisch:
Du kriegst das gleiche Wahlrecht nicht, weil ja die Besitzenden die meisten Steuern zahlen!
Als ob das Volk nicht viele Hunderte von Millionen an indirekten Steuern an den
Staat zahlt, als ob es nicht viele Hunderte von Millionen in Gestalt künstlich erhöhter
Brot und Fleischpreise an die Agrarier als Tribut entrichtete!

Als ob nicht die Besitzenden 5 Proz. des Volkes nur deshalb einen solchen Anteil an
den direkten Steuern zahlen könnten, weil mehr als 50 Proz. des Volkes ein Einkommen
von weniger als 900 M. haben!

Als ob nicht die direkten Steuern der Besitzenden aus dem unbezahlten Ertragnis
der Arbeit des Proletariates fließen!

Wer es ehrlich meint mit den Volksinteressen, wer das preussische, das deutsche Volk
zu einer wahrhaften Kulturnation emporheben will, für den kann es nur die eine Lösung
geben:

Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten,
geheimen Wahlrecht!

Wird das für die bürgerlichen Parteien, die gleichfalls das Wahlrecht „fordern“,
eine Lösung sein, an der sie sich nichts abmarkten lassen?

Freisinn und Zentrum haben ja ihre Wahlrechtsanträge eingebracht. Werden sie
unweigerlich auf ihrer „Forderung“ bestehen?!

Oder werden sie sich wiederum mit halben Zusicherungen, mit der Verheißung
eines Pluralwahlrechts, also eines neuen Klassenwahlrechts, abspießen lassen? Werden sie
wiederum, wie so oft, die heiligsten Interessen und unveräußerlichen Rechte des Volkes
verraten?!

Das entrechtete Volk hat alle Ursache, auf der Hut zu sein!

Nur zu groß ist die Gefahr, daß Zentrum und Freisinn nicht nur daren willigen, dem
Volke neue, empörende Lasten an direkten und indirekten Steuern aufzubürden, sondern auch
daren, daß die Parias der Nation abermals geprellt, daß sie mit dem schäbigen
Einfengericht eines Pluralwahlrechts abgefunden werden!

Deshalb ist es Sache des Volkes, vernehmlich seine Stimme erschallen zu lassen! Die
Juncker schreien wie besessen, weil ihnen die Regierung eine lächerliche, geringfügige
Besteuerung des Besitzes in Gestalt einer Erbschaftsteuer zumutete. Und das Volk des Nicht-
besitzes sollte es dulden, daß eine pflichtvergessene Geldsacksvertretung ihnen noch länger seine

fundamentalsten Bürgerrechte verweigerte?!

Millionenstimmig ertöne der Ruf, heute und täglich, dringlicher, unwider-
stehlicher:

Heraus mit den unverkürzten Volksrechten!





